

## Liebe Leserinnen und Leser,

diese Woche fand die letzte Sitzung des Europaparlaments in Straßburg vor der Sommerpause statt. Es war noch einmal intensiv. Und es ist noch lange nicht Schluss. Nächste Woche folgen noch Ausschusssitzungen in Brüssel.

Was hat uns in Europa in den vergangenen Wochen besonders bewegt?

Selbstverständlich ist Putins Angriffskrieg auf die Ukraine nach wie vor das beherrschende Thema. Direkt oder indirekt sind davon viele Politikfelder betroffen.



Es ist unsere Pflicht, nicht nur an uns satte Europäer zu denken! Wir dürfen unsere Mitmenschen in den armen Ländern nicht vergessen. Die Zahl der unterernährten Menschen weltweit wird mit dem Ausfall der Getreideernten aus der Ukraine und Russland weiter drastisch steigen. Wir dürfen nicht zuschauen, wie Kriegstreiber Putin Geopolitik macht und gestohlenen ukrainischen Getreide als Hehlerware, anders kann man es nicht nennen, unter seine Freunde bringt.

Europa ist ein landwirtschaftlicher Gunststandort. Wir können es uns nicht leisten, wissentlich den europäischen Anbau zu reduzieren. Wir dürfen unsere Potentiale bei der Nahrungsmittelproduktion, aber auch bei der Energiegewinnung gerade in diesen Zeiten nicht ungenutzt lassen.

Leider dominiert in Brüssel und Berlin immer wieder ideologische Politik! Doch damit sind wir auf dem Holzweg.

Meine Kolleginnen und Kollegen der EVP-Fraktion und ich haben viele wichtige Fragen unserer Zeit vorangetrieben. Wir müssen aber auch Entscheidungen akzeptieren, die unseren Überzeugungen entgegenlaufen, Stichwort „Taxonomie“.

Lesen Sie alles dazu im nachfolgenden Newsletter.

Trotz Plenarsitzungspause steht das Politikrad auch in den kommenden Wochen nicht still! Ich freue mich auf persönliche Treffen in der Heimat!



## Mein Europa

### Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Folgen

Nach wie vor ist der russische Einmarsch in die Ukraine das dominierende Thema der europäischen Politik. Seit über vier Monaten tobt dieser furchtbare Krieg und es ist kein Ende in Sicht. Zuletzt wurde deshalb ein wahrer Gipfelmarathon abgehalten. Europäischer Rat, G7 und NATO, Staats- und Regierungschefs trafen sich innerhalb weniger Tage. Auch das Europäische Parlament widmete sich in dieser Woche den vielen kleinen und großen Fragen und Herausforderungen, die dieser Krieg ausgelöst hat.

So haben die Abgeordneten beschlossen, dass ukrainische Führerscheine für einen längeren Zeitraum auch in der EU gelten. Bislang mussten Ukrainerinnen und Ukrainer ihre Führerscheine umschreiben lassen und dafür spätestens nach sechs Monaten eine theoretische und praktische Fahrprüfung in der EU ablegen. Die beschlossene Gültigkeitsverlängerung hilft auch dabei, Ukrainerinnen und Ukrainer in den europäischen Arbeitsmarkt zu integrieren, z.B. als dringend benötigte Fernfahrer.

Für CDU und CSU ist es zudem besonders wichtig, die durch den Krieg ausgelöste drohende weltweite Hungerkrise abzumildern oder wenn möglich sogar zu verhindern. Wir setzen uns dafür ein, die Ukraine beim Export ihrer Agrarprodukte bestmöglich zu unterstützen. Auf unsere Initiative hin wurde dieses Thema vergangene Woche erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

Unabhängig davon hat sich das Europaparlament auch mit dem Einfluss Russlands auf die europäische Politik beschäftigt. Es ist kein Geheimnis, dass extreme und extremistische Politiker von Rechts- und Linksaußen vielfach durch eine große Nähe und Sympathie für Wladimir Putin auffallen, in Deutschland AfD und Linkspartei. In anderen EU-Mitgliedstaaten geht es noch weiter: So soll die französische Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen einen russischen Kredit zur Wahlkampffinanzierung erhalten haben.

### Konkrete Maßnahmen für die Ernährungssicherheit endlich angehen

Das Treffen von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen mit dem ägyptischen Präsidenten al-Sisi und den Auftritt von Cem Özdemir auf dem deutschen Bauerntag diese Woche sehen wir fünf Agrarpolitiker der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament skeptisch und drängen auf schnelle und unbürokratische Maßnahmen für die Ernährungssicherheit.

[Hier](#) finden Sie unsere gemeinsame Pressemitteilung.

### „Ernährungssicherheit ist die Grundlage für eine stabile Gesellschaft“

In der gemeinsamen Sitzung des Agrar- und des Entwicklungsausschusses im Europäischen Parlament am 30. Juni beschäftigten sich die Ausschussmitglieder unter anderem intensiv mit den Themen Ernährungssicherung und Ernährungssicherheit. Hochkarätig besetzt war die Teilnehmerrunde mit David Beasley, Exekutivdirektor des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen.

Meine Pressemitteilung zur Sitzung finden Sie [hier](#).

## Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern

Am Mittwoch stimmte das Europäische Parlament über den Bericht des Entwicklungsausschusses (DEVE) zur Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern ab. Als EVP-Schattenberichterstatterin und Ausschussmitglied fordere ich einen Ernährungsgipfel. Europa ist in der Verantwortung für hungernde Menschen, weltweit.

Lesen Sie [hier](#) mein ausführliches Statement zum Bericht.

## „Ausnahmen sinnvoll“ - Kritik an der aktuellen Studie der Grünen zur Flächenstilllegung

Eine aktuelle Studie, die im Auftrag der Grünen-Europaparlamentarier Sarah Wiener und Martin Häusling erstellt wurde, kommt zum Ergebnis, dass die diskutierten Ausnahmen bei der Stilllegung im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) „nicht sinnvoll“ seien. Dem widerspreche ich vehement.

Lesen Sie meine Meinung zur Studie [hier](#).

## Mein Kommentar zur Entscheidung der EU-Kommission zum neuen Naturschutzpaket

Das neue Naturschutz-Paket der EU-Kommission leistet Umwelt, Verbrauchern und Landwirten einen Bärendienst. Es zeigt null Fingerspitzengefühl und null Realitätssinn mit Blick auf steigende Verbraucherpreise und zunehmenden Hunger weltweit.

[Hier](#) finden Sie meine vollständige Pressemitteilung.

## Wassermangel - Technologie und Kooperation als Lösung

Die jüngste Hitzewelle und Dürre in der EU ist ein großes Problem. Deshalb brauchen wir wassersparende Technologien, mehr Kooperationsprojekte und mehr Beratung und Forschung für eine gesicherte Wasserversorgung für Mensch, Tier, Pflanze und Umwelt.

Die Pressemitteilung zu meiner [Rede](#) zum Thema Wassermangel können Sie [hier](#) nachlesen.

## Statement Gahler zum EU-Gipfel/ Kandidatenstatus Ukraine

Zum Europäischen Rat erklärte **Michael Gahler (CDU)**, außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion und Ständiger Berichterstatter des Europaparlaments für die Ukraine:

"Die Staats- und Regierungschefs der EU müssen ihrer historischen Verantwortung gerecht werden. Das Europäische Parlament hat den Europäischen Rat mit überwältigender Mehrheit aufgefordert, der Ukraine und Moldawien unverzüglich sowie Georgien den EU-Kandidatenstatus zu verleihen, sobald seine Regierung die angegebenen Prioritäten erfüllt.

Ukrainer, Moldauer und Georgier haben sich stets für eine proeuropäische Ausrichtung ihrer Länder eingesetzt. Vor allem die Ukrainer stellen dies täglich unter Beweis, indem sie dem russischen Aggressor widerstehen. Ich bin stolz darauf, dass ich als Ständiger Berichterstatter des Europäischen Parlaments für die Ukraine dazu beitragen konnte, die Haltung der EU dazu zu formen.

Ukrainer, Moldauer und Georgier verdienen es, in freien, demokratischen und wohlhabenden Ländern zu leben, die Mitglieder der europäischen Familie sind. Der Europäische Rat kann heute einen wichtigen ersten Schritt zur Erfüllung ihrer legitimen Bestrebungen tun."

### **Sozialverträglicher Klimaschutz: Statement Radtke zum EU Klima-Sozialfonds**

Das Plenum hat am Mittwoch, 22. Juni, den EU-Klima-Sozialfonds angenommen. Hierzu erklärte **Dennis Radtke (CDU)**, sozialpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Der EU-Klima-Sozialfonds ist ein erster Meilenstein hin zu einem sozialverträglichen Klimaschutz. Das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 stellt uns alle vor enorme Herausforderungen, gerade auch im Kontext des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Steigende Energiepreise treffen besonders stark einkommensschwache Haushalte.

Mittlerweile ist klar, dass einzig und allein die Europäische Volkspartei für einen sozial gerechten Wandel in Europa steht. Während die Sozialdemokraten sich immer weiter von der Lebenswirklichkeit der Menschen entfernen und wirklich nichts unversucht lassen, die Zukunft der europäischen Stahl- und Chemieindustrie aktiv zu torpedieren, kämpfen wir dafür, dass auch beim Klimaschutz niemand zurückgelassen wird.

Der Fonds soll die sozialen Folgen ausgleichen, die sich aus der teilweisen Aufnahme des Gebäude- und Verkehrssektors in den Emissionshandel ergeben. Bis 2027 stehen dafür mindestens 32,78 Milliarden Euro zur Verfügung. Ab 2028 wird die Größe dann im Rahmen der Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen ermittelt, mit der Möglichkeit ein Gesamtvolumen von 144,4 Milliarden Euro zu erreichen. Mit der Erarbeitung EU-weiter Definitionen von „Energie- und „Mobilitätsarmut“ wird zudem sichergestellt, dass die Hilfen in den Mitgliedstaaten zielgerecht ankommen.“

### **Digitaler Binnenmarkt: Gesetz über digitale Dienste (DSA) und Gesetz über digitale Märkte (DMA)**

Das Internet soll für Nutzer und Anbieter in Europa sicherer werden. Mit großer Mehrheit hat das Europaparlament in Straßburg in dieser Plenarwoche die beiden neuen Internet-Gesetze über digitale Märkte (DMA) und über digitale Dienste (DSA) angenommen. Mit dem Gesetzespaket hat das Europäische Parlament eine neue Ära der Tech-Regulierung eingeleitet. Der Grundsatz lautet: Was in der analogen Welt verboten ist, kann auch in der digitalen Welt nicht erlaubt sein.

Das Gesetz über digitale Märkte (DMA) schiebt den Geschäftspraktiken der großen Digitalunternehmen einen Riegel vor. Der DMA setzt die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft online durch. So entstehen offene Märkte und die Wahlfreiheit für Verbraucher wird gestärkt. Mit dem DMA beendet die EU das Katz-und-Maus-Spiel, in dem die Wettbewerbsbehörden den Digitalriesen in langwierigen Verfahren hinterhergehinkt sind. Mit der Umkehr der Beweislast werden die Unternehmen künftig nachweisen müssen, dass sie sich an die DMA-Regeln halten und fairen Wettbewerb auf ihren Plattformen zulassen. Währenddessen wird der DSA sicherstellen, dass Plattformen wie Google, Facebook etc. illegale Inhalte künftig unverzüglich von ihren Portalen entfernen müssen.

Bei Verstößen gegen den DMA drohen den Firmen Bußgelder von bis zu zehn Prozent des Jahresumsatzes, beim DSA können noch bis zu sechs Prozent fällig werden.

#### **Hintergrund:**

DMA befasst sich mit der Marktmacht von großen Digitalunternehmen und Marktstrukturen in Plattformmärkten. Damit werden nach zahllosen kartellrechtlichen Verfahren Regeln im Digitalbereich festgelegt und die europäische Plattformökonomie neu geordnet. Das Gesetz über Digitale Dienste (DSA) regelt die Verantwortung und Haftung von Online-Vermittlern wie Amazon oder TikTok für illegale Inhalte und Produkte. Das deutsche Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) wird dadurch größtenteils in EU-Recht überführt.

### **Kroatien bekommt den Euro**

2013 war Kroatien das bislang letzte Land, das der EU beigetreten ist. Nun steht Kroatien kurz davor, auch den Euro einzuführen. Die EU-Kommission hat Anfang Juni 2022 vorge schlagen, dass Kroatien zum 1. Januar 2023 den Euro als Währung einführen kann. Das Europäische Parlament hat diesem Plan in dieser Woche zugestimmt.

Für Kroatien ist das eine tolle Nachricht und es ist ein großer Erfolg für den kroatischen Premierminister Andrej Plenković, der zuvor viele Jahre zusammen mit CDU und CSU der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament angehörte. Kroatien hat in den letzten Jahren wichtige Reformen beispielsweise zur Unabhängigkeit der Notenbank umgesetzt und sich insgesamt positiv entwickelt. Das Staatsdefizit, die Inflation sowie das Zinsniveau sind niedrig, während der Wechselkurs stabil ist.

Auch für deutsche Urlauber ist es eine gute Nachricht. Geldwechseln ist ab 2023 auch im Kroatien-Urlaub ein Relikt der Vergangenheit. Damit wird Kroatien der 20. EU-Mitgliedstaat, der den Euro als offizielles Zahlungsmittel einführt. Nur in Bulgarien, Tschechien, Ungarn, Polen, Rumänien, Schweden und Dänemark kann man nicht mit Euro zahlen, wobei nur Dänemark die Nichtteilnahme am Euro auch vertraglich festgehalten hat.

### **Britisches Gesetz über das Nordirland-Protokoll**

Der eingeschlagene Weg der britischen Regierung ist und bleibt zutiefst bedauerlich. Das Protokoll zu Irland und Nordirland ist Teil eines internationalen Abkommens. Es wurde von beiden Seiten unterzeichnet und ratifiziert. Die Vereinbarungen in dieser schweren Form infrage zu stellen, wie Großbritannien es durch die Ankündigung eines Gesetzes zur einseitigen Änderung des Protokolls getan hat, führt zu großer Unsicherheit für Menschen und Unternehmen in Nordirland. Einseitige Maßnahmen sind nicht akzeptabel.

Die britische Regierung zeigt keine Lösungen für die aktuellen Probleme auf, die in Nordirland identifiziert wurden. Stattdessen gefährdet sie die einzigartige Position Nordirlands, das sowohl Zugang zum EU-Binnenmarkt für Waren hat als auch im Markt des Vereinigten Königreichs integriert ist. Es handelt sich um einen bewussten Akt, mit den Verpflichtungen aus dem Austrittsabkommen zu brechen.

Es ist gut, dass die EU auf diesen Schritt Londons entschlossen reagiert und ein Verfahren gegen das Vereinigte Königreich auf den Weg gebracht hat. Eine Neuverhandlung des Protokolls ist hingegen keine Option. Das Protokoll kann nur durch einen ernsthaften Dialog vollständig umgesetzt werden. Die britische Regierung sollte wieder zu Gesprächen an den Tisch zurückkehren, um gemeinsam tragfähige und dauerhafte Lösungen zu finden.“

#### **Hintergrund:**

Mit dem Brexit hat das Vereinigte Königreich den EU-Binnenmarkt verlassen. Damit müsste es eigentlich eine Grenze zwischen Nordirland und Irland geben. Um jedoch den Frieden auf der irischen Insel zu erhalten und um den EU-Binnenmarkt zu schützen, haben sich die EU und Großbritannien auf das Nordirland-Protokoll geeinigt. Demnach gibt es eine Waren Grenze in der Irischen See. Waren aus England, Wales oder Schottland, die nach Nordirland gehen, werden von den Mitarbeitern britischer Behörden kontrolliert, die die EU hat das Recht, diese Kontrollen zu begleiten.

### **Statement Düpont zu Trilog-Einigung über elektronische Beweismittel**

Vertreter von Europaparlament, Rat und EU-Kommission haben sich auf Schlüsselemente zur grenzüberschreitenden Sammlung und Aufbewahrung elektronischer Beweismittel geeinigt. Hierzu erklärte **Lena Düpont (CDU)**, innenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe:

„Dies ist ein historischer Tag für die Verbrechensbekämpfung in der EU. Mit diesem neuen Abkommen über elektronische Beweismittel werden die Justizbehörden in den verschiedenen Mitgliedstaaten über mehr Instrumente zur Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus verfügen. Gleichzeitig wird unseren Datenschutzgrundsätzen Rechnung getragen.

Die zunehmende Online-Kriminalität hat gezeigt, dass wir dringend neue Regeln für den grenzüberschreitenden Austausch elektronischer Beweismittel brauchen. Nur wenn der Zugang zu digitalen Beweisen in der gesamten EU unbürokratisch gewährleistet ist, können wir internationalen Sicherheitsbedrohungen wirksam begegnen.

Wir müssen unsere Strafverfolgungsbehörden mit schlagkräftige Instrumenten ausstatten, um neuartigen Bedrohungen unserer Sicherheit wirksam zu begegnen. Der rechtsichere Zugriff auf Beweise in der elektronischen Kommunikation dafür unabdingbar. In einer zunehmend vernetzten Welt fallen Diensteanbieter und Ermittlungsbehörden nur noch selten in dieselbe nationale Zuständigkeit. Die heutige Einigung ist ein großer Schritt nach vorn für die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in der EU. Jetzt müssen wir auf diesem Schwung aufbauen, um die noch ausstehenden Details rasch zu klären und das Instrument so bald wie möglich in Kraft zu setzen.“

## Statements Liese und Ehler zu Emissionshandel (ETS) und CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM)

Das Europäische Parlament hat sich am 22. Juni zu den "Fit For 55"-Gesetzgebungsvorschlägen zum Emissionshandel und dem CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus positioniert. Dazu erklärten

**Peter Liese (CDU)**, umwelt- und klimapolitischer Sprecher der EVP-Fraktion und Berichtserstatter des Europaparlaments für den Emissionshandel:

„Nach zweiwöchiger Verzögerung ist das heute ein großer Tag für den Klimaschutz. Mit dem beschlossenen Gesetzgebungspaket vervierfachen wir unsere Anstrengung. Während wir in den Jahren 1990 bis 2020 25% eingespart haben, wollen wir jetzt in nur acht Jahren weitere 30% einsparen. Dies geht nur, wenn alle Bereiche der Wirtschaft von einem marktwirtschaftlichen Instrument erfasst sind. Derjenige, der die beste Idee hat, um CO<sub>2</sub> zu sparen, soll damit Geld verdienen. Diejenigen, die denken, sie könnten alte Drecksschleudern immer weiterlaufen lassen, müssen den Druck spüren, um die notwendigen Veränderungen durchzuführen. Die Beschlüsse von heute halten eine gute Balance zwischen Ambitionen und Schutz unserer Arbeitsplätze. Überambitionierte Forderungen wurden aus dem Bericht herausgestrichen, aber wir wollen trotzdem deutlich mehr als die Europäische Kommission. Die Gesetzgebung zum Emissionshandel ist das Kernstück des "Fit For 55"-Klimapakets. Durch den Emissionshandel werden mehr als 25-mal so viel Emissionen eingespart wie durch die CO<sub>2</sub> Grenzwerte für PKW und Vans. Wir werden damit unserer Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Enkelkindern gerecht und sichern gleichzeitig die Arbeitsplätze in Deutschland und Europa.

Erstmals ist auch der Seeverkehr in den Emissionshandel einbezogen. Diese Einbeziehung ist dringend notwendig. Schiffe hatten bisher keine europäischen Klimaschutzregeln einzuhalten. Gut, dass sich das jetzt ändert. Für alle Unternehmen herrscht nun Wettbewerbsgleichheit. Im Gegensatz zum Kommissionsvorschlag haben wir auch Prozessemissionen aus der Industrie miteinbezogen, das heißt Wettbewerbsgleichheit auch für deutsche Gießereien und kunststoffverarbeitende Betriebe. Alles in allem bin ich mit dem Ergebnis zufrieden, auch wenn ich mir das Ergebnis zwei Wochen früher gewünscht hätte. Ich bin froh, dass der nun erreichte Kompromiss selbst von den Grünen unterstützt wird, auch wenn die tatsächlichen Änderungen im Vergleich zur Vorlage von vor zwei Wochen tatsächlich mehr Kosmetik waren.“

**Christian Ehler (CDU)**, industrie- und energiepolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Klimaschutz und Industriepolitik sind zwei Seiten derselben Medaille. Wir brauchen beides. Aber für die Transformation und den Erhalt der Arbeitsplätze braucht es die richtigen politischen Rahmenbedingungen. Dazu haben wir heute unseren Beitrag geleistet. Wir wollen Dekarbonisierung und keine Deindustrialisierung Europas. Wir haben uns im Rahmen der Verhandlungen für einen realistischeren Ansatz stark gemacht: So wird das Auslaufen der kostenlosen Zertifikate nur nach einer angemessenen Übergangszeit erfolgen. Wir wollen, dass der neue CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus an den Außengrenzen der EU europäische Unternehmen vor unlauterem Wettbewerb durch Klimaverschmutzer aus anderen Teilen der Welt schützt. Der neue Mechanismus muss aus unserer Sicht aber erst beweisen, dass er funktioniert. Zu Beginn im Jahre 2027, wenn noch nicht klar ist ob dieses neuartige Instrument überhaupt funktioniert, startet der Grenzausgleichsmechanismus langsamer.

Wenn der Grenzausgleichsmechanismus dann funktioniert, wird das Ambitionsniveau erhöht. Das ist ein Erfolg der EVP. Auch die Aufnahme kohlenstoffarmer Emissionen in den Modernisierungsfonds ist ein wichtiges Signal. Wir konnten hier eine Aufstockung von 2,5% erreichen sowie die Beibehaltung der Formulierung zu Grenzregionen.

Inmitten des russischen Krieges in der Ukraine brauchen europäische Unternehmen "Luft zum Atmen" um die Transformation meistern zu können. Deshalb müssen andere geplante neue Regeln verschoben werden, die die Kosten für Unternehmen weiter unnötig erhöhen würden, wie zum Beispiel neue Regeln für Chemikalien. Die EU-Kommission muss prüfen, wie man Wirtschaft und Unternehmen in dieser entscheidenden Phase von zusätzlichen Belastungen befreien kann. Eine Kostenexplosion vor 2030 würde die Transformation nicht beschleunigen, sondern letztlich verhindern. Und es gilt eine Rezession zu vermeiden. Die Jahre 2022/23 sind die entscheidenden Jahre für Investitionen. Das passiert nicht über acht Jahre, sondern in den nächsten zwei Jahren. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass Brückentechnologien und technologische Flexibilität die Antworten sind. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass der Green Deal eine europäische Erfolgsgeschichte wird. Die Bemühungen Europas zur Verringerung der Kohlenstoffemissionen müssen so konzipiert sein, dass sie Innovation und Sicherheit schaffen, die Wettbewerbsfähigkeit stärken und europäische Arbeitsplätze sowohl sichern als auch schaffen.“

### **EU-Handelspolitik: Enttäuschung über den Bericht der EU-Kommission zu Agrarimporten**

In der Sitzung des EU-Umweltausschusses am 27. Juni stellte die EU-Kommission ihren Bericht zur Anwendung der EU-Gesundheits- und Umweltnormen auf importierte Agrar- und Lebensmittelerzeugnisse vor. Obwohl wir in Europa mit Abstand die höchsten Standards im weltweiten Vergleich haben, blendet die EU-Kommission diese Tatsache in ihrem Bericht geschickt aus. Das ist enttäuschend!

Auf meiner [Website](#) finden Sie die vollständige Pressemitteilung zum Thema.

### **Statement Walsmann zur Reform der Produktsicherheitsrichtlinie**

Am 16. Juni hat sich der Binnenmarktausschuss mit einer breiten Mehrheit für eine Reform der Produktsicherheitsrichtlinie aus dem Jahr 2001 ausgesprochen. Hierzu erklärte **Marion Walsmann (CDU)**, die den Text für die EVP-Fraktion verhandelt hat:

„Mit der heutigen Abstimmung schließen wir bestehende Lücken im Produktsicherheitsrecht. Das ist dringend notwendig, denn heutzutage unterliegt ein Puppenbett strengeren Sicherheitsanforderungen als ein Kinderbett. Wir wollen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher besser vor unsicheren Produkten geschützt werden, unabhängig von Ursprungsland, Beschaffenheit und Verkaufsweg.“

Wenn unsichere Produkte aus Drittländern kommen, dann haben Verbraucher oftmals das Problem, dass sie den Hersteller aus dem Drittland bei Sicherheitsbedenken nicht ausfindig machen können. Damit soll nun Schluss sein. Wir wollen, dass alle Unternehmen, die ein Produkt auf dem EU-Markt in Verkehr bringen möchten, eine verantwortliche Person in der EU benennen müssen. So haben die Verbraucher und auch die Marktüberwachungsbehörden bei Produktsicherheitsproblemen immer eine Kontaktperson in der EU.



Wir nehmen zudem die Online-Marktplätze in die Pflicht. Diese müssen nicht nur gefährliche Produkte von ihrer Internetseite nehmen, sondern sollten auch im Idealfall ein Wiederauftauchen im Netz verhindern. Es kann nicht sein, dass gefährliche Produkte, die bereits aus den Regalen genommen wurden noch in den virtuellen Regalen der Online-Marktplätze zu finden sind. Darüber hinaus sollen die Online-Marktplätze eine einzige Anlaufstelle für die Verbraucher zur Verfügung stellen, damit Unfälle sowie Sicherheitsbedenken gemeldet werden können. Die Online-Marktplätze müssen diese Informationen auch an das Unternehmen, welches das Produkt auf die Plattform gesetzt hat und die Marktüberwachungsbehörde weiterleiten.

Des Weiteren wollen wir, dass Online-Marktplätze Rückrufe auf ihrer Seite veröffentlichen müssen. Schätzungen zufolge werden rund ein Drittel der in der EU zurückgerufenen Produkte weiterhin von Verbrauchern verwendet. Wir fordern deshalb konkrete Verpflichtungen für Produktrückrufe festzulegen, damit Verbraucher besser informiert werden.“

#### **Hintergrund:**

Die Allgemeine Produktsicherheitsrichtlinie stammt aus dem Jahre 2001, seitdem haben sich sowohl die Produkte selbst als auch die Vertriebswege verändert. Die bisherige Richtlinie soll nun durch eine Verordnung ersetzt werden.

### **Tschechische EU-Ratspräsidentschaft**

Vom russischen Angriffskrieg auf die Ukraine über Fragen der Energiesicherheit bis hin zur hohen Inflation: In ganz besonders herausfordernden Zeiten hat Tschechien am 1. Juli den EU-Vorsitz von Frankreich übernommen. In dieser Plenarwoche hat nun Ministerpräsident Petr Fiala die Prioritäten seiner Ratspräsidentschaft im Plenum vorgestellt. Dabei wird es, laut Fiala, vor allem darum gehen die negativen Auswirkungen der aktuellen Krisen möglichst abzumildern. Denn Inflation, Energieknappheit oder Lebensmittelkrisen seien Bedrohungen, denen man am besten gemeinsam begegnen könne, sagte Fiala.

Auch die Bewältigung des Flüchtlingszustroms aus der Ukraine sowie die Koordinierung zusätzlicher Hilfen für den Wiederaufbau des kriegsgebeutelten Landes will Tschechien angehen. „Die politische und militärische Unterstützung der Ukraine vonseiten der Europäischen Union ist im existenziellen Interesse der gesamten EU“, betonte Fiala unter großem Applaus im Plenum. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte in der Debatte, dass Europa sich auf den vollständigen Ausfall russischer Gaslieferungen vorbereiten müsse. Die EU-Kommission wird deshalb noch vor der Sommerpause einen europäischen Notfallplan vorlegen. Damit soll sichergestellt werden, dass im Falle einer vollständigen Lieferunterbrechung aus Russland noch vorhandene Gasströme dorthin fließen, wo sie am dringendsten benötigt werden.

Prag wird noch bis zum 31. Dezember den EU-Vorsitz innehaben, bevor es dann den Stafelstab an Schweden weitergibt.

## Mein Mittelfranken

### Europamedaille für Nürnberger Paul-Joachim Kubosch

Seit Jahrzehnten setzt sich Paul-Joachim Kubosch beruflich wie privat für ein lebendiges Europa ein. Auf sein Zutun geht der Nürnberger Europa-Info-Punkt zurück. Für sein Engagement habe ich als mittelfränkische Europaabgeordnete ihm jüngst die Europamedaille verliehen.

Die Pressemitteilung zur Verleihung in Nürnberg finden Sie [hier](#).

### Wertewanderweg

Was macht unser Europa seit über 70 Jahren aus? Was hält es zusammen? Was bedeuten Frieden und Freiheit? Antworten auf all diese Fragen findet man auf dem Europa-Wertewanderweg.

In Mittelfranken machte er als erstes in Scheinfeld Station. Jetzt kommt der Wertewanderweg der Europa Union auch ins Nürnberger Land.

Am **9. Juli 2022, 11 Uhr**, bin ich bei der **Eröffnung in Burgthann am Ludwig-Donau-Main-Kanal auf Höhe der Schleuse 33** dabei. Gerne lade ich Sie dazu herzlich ein!

Der Werte-Wanderweg verläuft mit 8 Schautafeln zu den europäischen Werten zwischen Schleuse 33 und Schwarzenbach und ist den gesamten Juli zu Gast im Nürnberger Land.

Weitere Informationen zum Wertewanderweg finden Sie [hier](#).

## Herzensangelegenheiten

### Marlene Mortler Meets ... Praktikantin Senta Ziegler

Meine aktuelle Praktikantin, Senta Ziegler, durfte mir während der Straßburg Woche die Fragen stellen, die sie schon immer mal einer Europa-Abgeordneten stellen wollte.

Meine Antworten finden Sie [hier](#) im aktuellen Video meiner [Marlene Mortler Meets-Reihe](#).

## Lesenswert

### Europa-News für Kommunen

Kennen Sie die EU-Kommunal?

Hier gibt es Nachrichten speziell für unsere Kommunen aus und für Europa. Die aktuelle Ausgabe lesen Sie [hier](#).

## **Sicher, sozial und stark durch die Krise - 15-Punkte-Plan der CSU**

Explodierende Preise stellen private Haushalte und Wirtschaft vor enorme Herausforderungen. Viele Menschen können sich das normale Leben nicht mehr leisten. Der CSU-Parteivorstand hat sich intensiv mit den Auswirkungen der Inflation beschäftigt und dazu den 15-Punkte-Plan "Sicher, sozial und stark durch die Krise" beschlossen. Darin fordern wir mit 15 konkreten Maßnahmen die Bundesregierung auf, die Preisexplosion zu stoppen und die Teuerung wirksam zu bekämpfen. Die Menschen in Deutschland müssen jetzt entlastet werden.

Lesen Sie [hier](#) mehr zum 15-Punkte-Plan "Sicher, sozial und stark durch die Krise"

## **WELT-Artikel über die Ablehnung einer Geldempfänger Datenbank**

„Scholz ließ Nennung der Nutznießer beim EU-Aufbaufonds blockieren“

Deutschland gilt als der größte Nettozahler beim EU-Aufbaufonds - trotzdem verhinderte ausgerechnet die Bundesregierung unter dem damaligen Finanzminister Scholz Transparenzpläne des EU-Parlaments über die Empfänger der Gelder. Meine Kolleginnen und ich warnen.

Den vollständigen Artikel in der WELT finden Sie [hier](#).

## **WELT-ARTIKEL: „Hier zeigt sich die Dekadenz einer liberalen Gesellschaft“**

Ein Artikel über wissenschaftlich-biologische Tatsachen, Toleranz, Intoleranz, Ideologien und ihre Aktivisten.

Den spannenden WELT-Artikel, der zum Nachdenken über unsere Gesellschaft anregt, finden Sie [hier](#).

## **Aus Sicht der Hanns Seidel Stiftung: Brüsseler Notizen**

Die Hanns Seidel Stiftung in Brüssel veröffentlicht mehrmals im Jahr ihren Newsletter „Brüsseler Notizen“ mit Beiträgen aus ihrer Sicht zur aktuellen Außen- und Entwicklungspolitik in der EU.

## **G7-Partnerschaft für Globale Infrastruktur - Konkurrenz für China**

Die G7 haben in Elmau ein Entwicklungs-Förderprogramm „Partnerschaft für globale Infrastruktur und Investitionen“ mit einem Volumen von 600 Mrd. Dollar beschlossen. Es steht in direkter Konkurrenz zu dem 2013 von China gestarteten Infrastruktur-Projekt „Neue Seidenstraße“. Allein die USA wollen in den nächsten fünf Jahren 200 Mrd. Dollar an öffentlichem und privatem Kapital für die Partnerschaft mobilisieren. Große Investitionen sind weltweit geplant in digitale Infrastruktur, für den Klimaschutz, im Energiesektor und im Gesundheitsbereich. Die EU unterstützt die G7-Partnerschaft. Sie verweist darauf, dass 46 % der weltweiten Entwicklungshilfe aus der Europäischen Union stammen und jedes Jahr fast 70 Mrd. EUR in die Förderung von Frieden, mehr Wohlstand und mehr Entwicklung

fließen. Einen Schwerpunkt bildet dabei Afrika, für das im Rahmen der „Global Gateway“-Initiative ein Investitionspaket in Höhe von 150 Mrd. Euro vorgesehen ist.

### **Europäischer Rat: Ukraine und Republik Moldau werden EU-Beitrittskandidaten**

Die EU-Staats- und Regierungschefs beschlossen beim Europäischen Rat am 23./24. Juni 2022 den Beitrittskandidatenstatus für die Ukraine und die Republik Moldau. Georgien jedoch muss weitere Reformauflagen erfüllen, bevor es diesen Status erhält. Ebenso erörterten die Staats- und Regierungschefs den französischen Vorschlag zur Gründung einer „Europäischen Politischen Gemeinschaft“. Auch wenn der Schritt für Kiew im Kontext des russischen Angriffskrieges ein wichtiges Signal darstellt, ist unklar, wie es weitergeht. Beitrittsverhandlungen können erst beginnen, wenn die Ukraine sieben konkrete Voraussetzungen erfüllt, vor allem Reformen bei Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung. Dies kann ein langer Weg sein, wie die Westbalkanländer erfahren haben.

Beim EU-Westbalkan-Gipfel am 23. Juni diskutierten die Führungsspitzen über die Zusammenarbeit sowie Herausforderungen durch den Ukraine-Krieg. Brüssel will Frustrationen aufgrund ausbleiben der Fortschritte beim EU-Beitrittsprozess entgegenwirken. Nach einer Entscheidung des bulgarischen Parlaments vom 24. Juni gibt es nun Hoffnung, dass Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien, und damit verknüpft auch mit Albanien, bald beginnen könnten. Der Europäische Rat stellte auch Bosnien und Herzegowina den Bewerber-Status in Aussicht, allerdings müssen zuvor Bedingungen, etwa bei Verfassungs- und Wahlrechtsreformen, erfüllt werden.

### **Ernährungskrise: EU-Unterstützung durch Team Europe und Kapazitätsaufbau**

Am 20. Juni 2022 verabschiedete der Außenministerrat Schlussfolgerungen zur Umsetzung von „Team Europe“-Maßnahmen zur Bewältigung der globalen Ernährungsunsicherheit. Im Mittelpunkt stehen dabei humanitäre Soforthilfe und finanzielle Unterstützung, die Förderung resilienter Produktion bzw. nachhaltiger Lebensmittelsysteme, Handelserleichterungen von Agrarexporten aus der Ukraine sowie die Stärkung des Multilateralismus, insbesondere der globalen Krisenreaktionsgruppe der UN. Der Europäische Rat befasste sich am 23. Juni 2022 ebenfalls mit der Thematik und forderte Russland dazu auf, Angriffe auf landwirtschaftliche Strukturen einzustellen und die Blockade der Schwarzmeerhäfen der Ukraine zugunsten einer Wiederaufnahme des kommerziellen Schiffsbetriebs aufzuheben. Hervorzuheben ist, dass es keine EU-Sanktionen gegen russische Lebensmittelexporte in die Weltmärkte gibt. Ferner forderte der Rat EU-Kommission und Mitgliedstaaten auf, die Entwicklungsländer im Rahmen der Neuausrichtung ihrer Lieferketten zu stärken, den Aufbau von Produktionskapazitäten für Betriebsmittel wie Düngemittel zu unterstützen sowie den Ausbau von Afrikas Kapazitäten für nachhaltige Lebensmittelproduktion zu intensivieren.

### **Europäische Entwicklungstage 2022 -Intensivierung globaler Partnerschaften**

Am 21. und 22. Juni 2022 fand die 15. Auflage der Europäischen Entwicklungstage unter dem diesjährigen Thema „Global Gateway: Nachhaltige Partnerschaften für eine vernetzte Welt“ statt. Im Fokus der Gespräche stand das 300 Mrd. EUR schwere Investitionsprogramm „Global Gateway“, welches weltweit nachhaltige Projekte fördern und die globale Vernetzung der EU stärken soll. Neben den Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine wurde ein breites Themenspektrum abgedeckt, etwa Digitalisierung, Klimaschutz, Verkehr, Bildung und Forschung sowie Gesundheit. In dieser Hinsicht wurde auch eine neue Partnerschaft zwischen der EU, Lateinamerika und der Karibik vorgestellt, welche etwa die lokale Herstellung von Impfstoffen und medizinischen Mitteln fördern soll.

Weitere Informationen zu den Europäischen Entwicklungstagen 2022 können diesem Internetbericht entnommen werden.

### **EU und Ägypten intensivieren Zusammenarbeit in Energie-, Ernährungssicherheits- und Klimafragen**

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der Präsident der Arabischen Republik Ägypten, Abdel Fattah El Sisi, kamen am 15. Juni 2022 zusammen, um die Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Ernährungssicherheit und Klima zu diskutieren. In einer gemeinsamen Erklärung verpflichteten sich beide Seiten, zusammen eine gerechte Energiewende zu fördern. Die EU und Ägypten entwickeln eine Wasserstoffpartnerschaft für den Mittelmeerraum und intensivieren ihre Kooperation bei der Entwicklung von Infrastruktur und Technologie von erneuerbarer Energie. Zur Bekämpfung der Ernährungskrise stellt die EU Ägypten eine Soforthilfe von 100 Mio. EUR zur Verfügung. Ferner wird die Region in den nächsten Jahren von Agrar- und Ernährungs-, Wasser- und Sanitärversorgungsprogrammen der EU in Höhe von 3 Mrd. EUR profitieren. Am 19. Juni 2022 billigte der Assoziationsrat EU-Ägypten die neuen Partnerschaftsprioritäten bis 2027 und bekräftigte die EU-Unterstützung, um den Erfolg der UN-Klimakonferenz in Sharm El-Sheikh sicherzustellen.

### **EU-Solidarität mit der Ukraine und der Republik Moldau**

Die Europäische Kommission gab am 8. Juni 2022 bekannt, die Ermittlungskapazitäten des Internationalen Strafgerichtshofs mit 7,25 Mio. EUR zu unterstützen, um zur Aufklärung von den von Russland in der Ukraine begangenen Kriegsverbrechen beizutragen. Außerdem verstärkt die EU ihre operative Unterstützung für humanitäre Organisationen in der Ukraine und fördert die ukrainische Start-up Szene mit 20 Mio. EUR. Am 9. Juni 2022 erleichterte Brüssel den Marktzugang für moldauische landwirtschaftliche Erzeugnisse, wie Pflaumen, Äpfel und Tomaten. Mit der Verordnung werden für ein Jahr die Mengen, in denen diese Waren zollfrei in die EU eingeführt werden können, verdoppelt und so die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit der Republik Moldau gestärkt.

### **VN-Diplomatie: Plädoyer für Frieden, Zusammenhalt und Multilateralismus**

EU-Ratspräsident Charles Michel fand während der Sitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit in der Ukraine am 6. Juni 2022 deutliche Worte. Er mahnte, dies sei „ein Krieg gegen das, was wir seit dem Zweiten Weltkrieg über Generationen hinweg aufgebaut haben.“ Die EU unterstütze die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft, Beweise für Kriegsverbrechen zu sammeln, um Russland vor der internationalen Gemeinschaft und dem Internationalen Gerichtshof zur Rechenschaft zu ziehen. Zudem sprach der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell am 16. Juni 2022 vor dem VN-Sicherheitsrat zu dem Tagesordnungspunkt der Zusammenarbeit zwischen der Vereinten Nationen und der EU zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Er hob in seiner Rede hervor, dass „niemand im Angesicht von Aggression neutral sein könne.“ Außerdem engagiere sich die EU maßgeblich für die internationale Zusammenarbeit sowie Konfliktprävention und Krisenmanagement weltweit.

### **EU setzt sich für Kinder- und Frauenrechte in Konfliktsituationen ein**

Am 9. Juni 2022 nahm der Rat der EU Schlussfolgerungen zur EU-Kinderrechtsstrategie an mit Schwerpunkt auf Krisen- und Notsituationen. Mitgliedstaaten sollen Anstrengungen unternehmen, Notaufnahmeverfahren an Kindesbedürfnisse anzupassen, deren physische

und psychische Gesundheit zu schützen und den Zugang zu grundlegenden Diensten zu ermöglichen. Auch Maßnahmen zur Unterstützung unbegleiteter Kinder und zur Bekämpfung des Kinderhandels sind vorgesehen.

Die EU fordert auch die Stärkung von Frauenrechten, so etwa bei der zweiten Auflage der von der EU mitorganisierten Veranstaltung „Frauen in Konflikten“ am 9. Juni 2022. Dabei kamen Frauen in Führungspositionen, Aktivistinnen sowie Überlebende von Konflikten zusammen. In einer „Brüsseler Erklärung“ forderten die Mitveranstalter insbesondere ein Ende von Straflosigkeit und eine größere Rolle für Frauen bei Konfliktvermeidung, Krisenbewältigung und Friedenskonsolidierung.

### **Eurobarometer 2022 - EU Bürger für Armutsbekämpfung und Aufbau von Beziehungen mit Partnerländern**

Die Zusammenarbeit mit Ländern weltweit findet breite Unterstützung - zu diesem Ergebnis kommt die jüngste Eurobarometer-Umfrage zur Entwicklungszusammenarbeit. Angesichts des russischen Angriffskriegs in der Ukraine stellen Frieden und Sicherheit die größte Priorität der Bürger dar, wobei 40% der Befragten der Meinung sind, dass die wichtigste Herausforderung die Zukunft der Partnerländer sei. Weitere dringende Themen sind u.a. Gesundheit, Bildung sowie die Wasser- und Sanitär-versorgung. Zudem sind 80% der Befragten der Meinung, dass die Bekämpfung der Armut in den Partnerländern eine der Hauptprioritäten der EU sein sollte. Ferner halten 89% die Bekämpfung des Klimawandels in den Partnerländern für wichtig. Nicht zuletzt solle die EU laut den Befragten vor allem die Bildung (91%) und Digitalisierung (79%) fördern.

---

#### **Kontakt:**

Büro Marlene Mortler, MdEP  
Brücker Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51

[mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu)  
[www.marlenemortler.eu](http://www.marlenemortler.eu)

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Felix Beck, Senta Ziegler, Daniela Seifart

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an [mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu) mit.